

Jedw. wöch. Bezugspreis für August 8.00 M. einheitl. Postgebühren: Die 1geip. Zeitzeile 80 M. Postzettelgebühr 20 M. Die Postkartengebühr 80 Pfennig. Meter breit, 1 M. Postzetteln für Selbstabholen 20 M. bei Übersendung durch die Post außerdem Postzettelgebühr. Einzel-Art. 10 M. Sonntags-Art. 15 M. Geschäftlicher Teil: J. Hillebrand in Dresden

Sächsische Volkszeitung

Die sächsische, arme und berühmte: Sachsen-Vereinigung, Dresden, 1. Volkszeitung 17. Februar 1892. Volkszeitung Dresden 1892. Verleger: Dresdner Bank, Dresden

Für christliche Politik und Kultur

Freitag, 27. August 1926

Im Rolle höherer Gewalt erfüllt jede Verpflichtung auf Förderung sowie Erfüllung v. Anzeigenaufträgen u. Leistung v. Gedächtnis. Für unbearbeit. u. b. auszufüllen übermittelt werden übernehmen wir keine Verantwortung. Unterlagen eingeforderte u. m. Rückversand vorliegende Manuskripte wird nicht aufbewahrt. Redaktion 2-3 Uhr nachmittags. Hauptrichter: Dr. Joseph Albert, Dresden

Musikinstrumente
aller Art
sowie Zubehör
und Reparaturen
bei
Lorenz
Dresden-A.
Lützowstr. 6

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung
Dresden-Mitte 1. Volkszeitung 17. Februar 1892.

Tanger?

Von unserem Madrider Vertreter.

Madrid, den 24. August.

Der vor einigen Wochen in Brüssel verstorbene Marquis Villalobos, spanischer Gesandter am belgischen Hof, war Grande des Königreiches und ein überzeugter Royalist. Aber er war durchaus kein Freund der Diktatur. Kurze Zeit vor seinem Tode unterhielt er sich mit einem alten deutschen Freund, mit dem zusammen er vor dem Kriege in einer Hauptstadt Süd-europas seine diplomatische Lernzeit durchgemacht hatte — Diplomatie und Journalismus lassen sich nicht lehren, aber sie müssen gelernt werden — und im Laufe des Gesprächs äußerte er sich recht pessimistisch: Marokko ist die Wunde, aus der Spanien sich verblutet; Primo de Rivera hat nichts getan, um sie zu schließen; die Dynastie wird früher oder später dafür bezahlen müssen.

In der Tat hat Primo de Rivera nichts getan, um die Wunde zu schließen; weder die Rückzüge, die er 1924 und 1925 vorgenommen hat, noch der Feldzug gegen Abd el-Krim haben die Lage der Spanier nennenswert verbessert. Die "spanische Zone", eingeklemmt zwischen dem Rif, dem internationalisierten Tanger, dem gewaltigen Fleisch von Französisch-Nordwestafrika — diese Zone ist nichts anderes als ein schwer zu überwachender Militärraum, der durch den Vertrag vom 27. November 1912 errichtet wurde, um dem Wunsche Englands zu genügen: keinen ebenbürtigen Gegner auf afrikanischem Ufer gegenüber von Gibraltar zuzulassen. Der Wert des Landes besteht in seinen Erzbergen, die Eisenzeuge von hohem Gehalt in fast unerschöpflicher Fülle liefern (rund 450 000 Tonnen jährlich). Aber zu einem rationellen Abbau bedarf es ungeheuerer Kapitalien und die Förderung an die Küste ist schwierig. Zur Entwicklung einer Industrie im Lande fehlt es an Kohle. Dazu hat Spanien selbst einen eigenen, überwältigenden Reichtum an Eisenbergen, die es bisher nur ganz geringfügig ausbeutet (von mehr als 10 000 Eisengruben sind keine 300 im Betrieb) und vorzügliche Kohle im Lande, die, wie in der Provinz Oviedo dem Eisenerz und den Häfen am Ozean so nahe liegt, dass sich eine großartige Hüttenindustrie entwickeln hat, die zehnmal größer sein könnte — wenn das nötige Kapital hineingelegt würde. Die Erzberge des nördlichen Marokko haben daher nicht einmal wirtschaftliches Interesse für Spanien, das besser tut, wenn es seine Kapitalien im eigenen Land unter bequemeren Bedingungen konzentriert. Da Spanien einen ungeheuren Reichtum auch an silberhaltigen Bleierzen besitzt, die es nur eben erst ganz oberflächlich ausbeutet — von 4000 Bleigruben sind 270 im Betrieb — sei nebenbei erwähnt.

An der marokkanischen Besitzung, die mit spanischem Blut verteidigt werden muss, verbirgt Spanien sich nicht nur physisch, sondern auch wirtschaftlich, indem sie schwachen Kapitalien von den Aufgaben, die sie im Lande zu erfüllen hätten, abgelenkt werden. Primo de Rivera glaubt nun, das Gebiet wirtschaftlich heben zu können, indem er ihm Tanger, die internationale Stadt, einverleiben oder indem er wenigstens Tanger unter spanische Verwaltung (Mandat des Völkerbundes) stellen möchte. Tanger steht nominell unter der Souveränität des Sultans von Marokko, der sich dort durch einen Bevollmächtigten, einen sogenannten Mendub, vertreten lässt, dem eine "internationale gesetzgebende Versammlung" zur Seite steht.

Dieses theoretisch mit unumschränkten Vollmachten versehene Parlament besteht aus 26 Mitgliedern, die von der international gemischten Bevölkerung gewählt werden: 4 Franzosen, 4 Spanier, 3 Engländer, 2 Italiener, 1 Belgier, 1 Holländer, 1 Portugiese, 6 Mohammedaner und 3 Juden. Überwacht wird diese Versammlung von dem aus den Konföderalen bestehenden Kontrollausschuss, der auf die Beobachtung der Regeln der Algeciras-Abkommen muss. Die wirkliche Verwaltung wird von drei Administratoren geführt, gegenwärtig einem Franzosen, einem Spanier und einem Engländer. Dieser komplizierte Apparat für 70 000 Einwohner arbeitet keineswegs gut, und die finanziellen, wirtschaftlichen und hygienischen Verhältnisse lassen viel zu wünschen übrig. Die Vereinigung von Tanger mit der spanischen Zone scheint für Primo de Rivera viel mehr ein Prestigeinteresse als ein sachliches zu bedeuten. Um sie zu motivieren, behauptet er, dass Tanger der Ausgangspunkt eines lebhaften Waffenhandels während des Krieges gewesen sei. Darauf wird etwas sein, aber zur ernsthaften Unterdrückung des Waffenhandels bedarf es anderer Maßregeln: Eines strengen Verbotes des privaten Handels mit Waffen. Solange man sich dazu nicht entschließen kann, wird der Schnüffel immer Wege finnen. Primo de Rivera bezichtigt die Engländer der Waffenbeschaffung und wenn man bedenkt, dass Cham-

Bon Spanien keine Schwierigkeiten?

Die Bemühungen um ein Kompromiss für Genf — Eine spanische Note an Motta — Polens Aspirationen — Die Juristenkonferenz in Berlin — Die Stimmung in London und Paris

Vern, 26. August.

Wie in höchsten politischen Kreisen verlautet, ist Bundesrat Motta, der Präsident der am Montag zusammengetretenden Studienkommission für die Ratschafe, von spanischer Seite verständigt worden, dass die spanische Regierung dem deutschen Ratschaf keine Schwierigkeiten machen werde und bereit sei, die Prüfung der Frage einer weiteren Vermehrung der ständigen Ratschafe bis nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu verschieben.

Warschau, 26. August.

Minister des Innern Zaleski äußerte vor seiner Abreise nach Paris: Ich reise zur Völkerbundssitzung in die Hoffnung, dass die Staaten unseres bestimmten Willen, in den Völkerbundsrat einzutreten, richtig einschätzen und den Rat Polens als eines Mitarbeiters an der Sicherung dauernder Friedens zu würdigen wissen. Wenn man in Genf diese Momente entsprechend versteht wird, dann unterliegt es keinem Zweifel, dass Polen als ständiger Mitarbeiter dem Völkerbundsrat beitreten wird.

Berlin, 26. August.

Wie es jetzt bekannt wird, hatte der französische Sachverständige Fromageot am Dienstag hier eine Unterredung mit dem deutschen juristischen Sachverständigen Dr. Gaus, nachdem er vorher mit dem englischen Sachverständigen Lord Cecil here in London Führung genommen hatte.

Die Unterredung zwischen Fromageot und Gaus erstreckte sich auf juristische und technische Fragen, die die Hauptprobleme der von der Studienkommission zu behandelnden Gegenstände betreffen. Vor allen habe es sich um die Frage gehandelt, ob gewissen nichtständigen Mitgliedern des Völkerbundsrats die Wiederwahl nach Verlauf der Wahlperiode garantiert werden könnte. Man soll überzeugkommen sein, dass nach den Statuten des Völkerbundes eine solche Garantie formal nicht gegeben werden könnte. Auch sei die Anregung, die ständigen Ratschafe überhaupt abzuschaffen, und eine vollständige Gleichheit aller Ratsmitglieder zu schaffen, als un durchführbar abgelehnt worden.

Die Vorschläge Lord Cecils, nach denen 3 Kategorien von Ratschafen, ständige, halbständige und nichtständige geschaffen werden sollen, dürften also bei den Beratungen der Studienkommission, die am 30. Zusammentritt, wieder den Ausgangspunkt bilden. Doch werden zweifellos auf Grund des Ausprache großen den juristischen Sachverständigen Modifikationen vorgenommen werden. Der deutsche Delegierte für die Studienkommission, Botschafter von Hösch, wird für den 27. d. R. in Berlin zur Entgegnahme seiner Instruktionen erscheinen.

London, 26. August.

Je näher das Datum der Völkerbundssitzung herantritt, desto stärker ist die Spannung, mit der man ihrem diesmaligen Ausgang entgegen sieht. In offiziellen und unoffiziellen Kreisen ist man durchaus zweifelhaft. Hindernisse, die eigentlich eine vitale Wirkung auf die Völkerbundssitzung haben könnten, werden nicht erwartet. Man sieht den Eintritt Deutschlands als gesichert an und die Erklärung wird wiederholt, dass die britische Regierung keinerlei Vermeidung des ständigen Ratschafes über den Eintritt Deutschlands hinaus gestimmen würde und dass nur Amerika und Australien, falls sie es wünschten, einen ständigen Sitz erhalten könnten. — Ein Teil der englischen Presse ist weniger optimistisch.

Paris, 26. August.

Die Pariser Presse betont übereinstimmend, dass eine Lösung der verschiedenen seit März dieses Jahres in der Ratschafe aufgetauchten Schwierigkeiten noch keineswegs erfolgt sei. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sei aber ohne diese Lösung eine leere Formalität, wenn er überhaupt unter diesen Umständen erfolge. Der "Tempo" bleibt dabei, dass Deutschland mit seinem Anspruch, allein einen ständigen Ratschaf zu erhalten, ohne gleichzeitige oder vorherige Erweiterung des Völkerbundsrats die gegenwärtige Krise verursacht habe. „Journal des débats“ sagt, dass, wenn kein Konsens gefunden werde, gleich gefordert werden könnte, dass der Völkerbund diesmal eine noch viel ernstere Erhöhung der ständigen Ratschafe über den Eintritt Deutschlands hinaus gestimmen würde und dass nur Amerika und Australien, falls sie es wünschten, einen ständigen Sitz erhalten könnten. — Ein Teil der englischen Presse ist weniger optimistisch.

Prälat Mösterts +

Lausanne, 26. August. (Drohbericht)

Prälat Dr. Mösterts, der Generalsekretär des Verbandes katholischer Jugend- und Jungmännervereine Deutschlands, ist in Lausanne zu seilen.

Prälat Dr. Mösterts hat ein Alter von 52 Jahren erreicht. Er war am 21. Oktober 1874 zu Goch (Rheinland) geboren. Nach Beendigung seiner Gymnasialstudien wählte er den Priesterberuf. 1900 wurde er zum Priester geweiht. Bis 1908 wirkte er als Präses an der Kirche St. Max in Düsseldorf. Schon im Anfang seiner priesterlichen Tätigkeit trat sein großes Talent zur Behandlung gerade der Jugendlichen heraus. Als daher 1907 die Stelle eines Generalsekretärs des Verbandes der katholischen Jugend- und Jungmännervereine Deutschlands zu besetzen war, wurde einstimmig Dr. Mösterts gewählt. Als begeisternder Redner und gewandter Schriftsteller ist Mösterts sehr bald in ganz Deutschland bekannt geworden. In den Kreisen der katholischen Jugendverbände erfreute er sich außergewöhnlicher Beliebtheit. So konnte man ihn 1914 das verantwortungsvolle Amt eines Generalsekretärs des Verbandes übertragen. Die Zentrale des Verbandes befindet sich dezentral in Düsseldorf. 12 Jahre lang hat er in aufopferungsvoller Tätigkeit mit grohem Erfolg auf diesem Posten gewirkt und die Zentrale in all ihren Teilen auf das größtmögliche ausgebaut. Noch wird in vieler Erinnerung die prächtige Kundgebung sein mit der er während des Heiligen Jahres eine Abordnung der katholischen Jugend Deutschlands dem Heiligen Vater vorstellte. Im gleichen Jahr konnte Dr. Mösterts sein 50jähriges Priesterjubiläum feiern. Aus allen Teilen Deutschlands sind damals dem Jubilar Glückwünsche zugestellt, in denen zum Jubilar gebraucht wurde, er möge noch lange zum Leben der Jugend auf seinem Posten stehen. Nun hat Gottes unerschöpflicher Rat sich auf diesem arbeitsreichen Leben ein unermutiger fröhliches Ende bereitet.

† Großfeuer bei Zeulenroda. Mittwochabend brach in Merkendorf bei Zeulenroda (Thür.) in der Scheune eines Gutshofes ein Feuer aus, das in kurzer Zeit drei große Bauernhäuser in Brand setzte. Sämtliche Gebäude, Wohnhäuser, Scheunen und Stallungen brannten vollständig nieder. Die ganzen Erwerbskräfte, das landwirtschaftliche Personal usw. sind verbrannt. Man vermutet Brandstiftung.

Der Auswärtige Ausschuss berät

Berlin, 26. August. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages trat unter dem Vorsitz des Abg. Hertig (Deutschland) zusammen, um Erklärungen der Reichsregierung über die gegenwärtige politische Lage entgegenzunehmen. Zunächst behandelte Reichsminister Dr. Stresemann in einer über eine Stunde währenden Rede die äußeren politische Lage. Alsdann sprachen die Abgeordneten Karras (Zentrum) und Graf Walder (Deutschland). Die Aussprache war vertraulich. Neben den im Mittelpunkte stehenden Völkerbundproblemen wurden auch die Besatzungs- und Entzessungsfragen sowie die Verhältnisse im besetzten Ge-

Bereinsachung des sächsischen Staatsapparates?

Dresden, 26. August. Die demokratische Fraktion hat im Landtag folgenden Antrag eingebracht: "Der Landtag wolle beschließen, die Regierung wird beauftragt, dem Landtag einen Plan darüber vorzulegen, wie die unmittelbaren Stadtbürgerschaft so vereinfacht und eingeschränkt werden können, dass die Zahl der Ministerien verringert werden kann."